

Ruth Fischer/Arkadij Maslow, *Abtrünnig wider Willen*. Aus Briefen und Manuskripten des Exils, hrsg. v. Peter Lübke. Mit einem Vorwort von Hermann Weber, Oldenbourg Verlag, München 1990, XVI + 676 S., 46 Abb., Ln., 178 DM.

Als radikale Linke ausgerechnet zu Beginn der Stabilisierungsphase der Weimarer Republik an die Führungsspitze der KPD gelangt, verursachten die noch nicht 30jährige Ruth Fischer und der allgemein als »theoretischer Kopf« der Partei bezeichnete, nur wenig ältere Arkadij Maslow mit ihrem energisch gesteuerten Kurs der Bolschewisierung binnen eines Jahres einen ebenso drastischen Mitglieder- wie Wählerschwund der Partei. Von der Kominternführung nach knapp eineinhalbjährigem Wirken ihrer Funktionen enthoben und im Sommer 1926 aus der KPD ausgeschlossen, sollten beide fortan ihre politischen und mehr noch ihre publizistischen Aktivitäten gegen den der deutschen wie internationalen kommunistischen Bewegung zunehmend zum Verhängnis werdenden Stalinismus richten. Den gebürtigen Russen, eigentlicher Name: Isaak Tschemerinsky, aufgewachsen in Deutschland, hochbegabt, Musik in Dresden, Mathematik und Physik in Berlin studierend, und die 1919 nach Berlin gekommene Ruth Fischer, eigentlicher Name: Elfriede Eisler, verheiratete Friedländer, in Wien aufgewachsen und dort Philosophie und Nationalökonomie studierend, verband bis zu Maslows vorzeitigem Tod eine über 20jährige Lebens- und Arbeitsgemeinschaft. Im Frühjahr 1933 über Prag und Zürich in die Pariser Emigration gezwungen, entkamen sie mit knapper Not und auf getrennten Wegen 1941 nach Übersee. Maslow starb bald darauf 50jährig und gesund in Havanna unter Umständen, die Ruth Fischer in New York, wo sie gerade seine Einreise in die USA erwirkt hatte, an einen GPU-Mord glauben ließen. Die letzten 20 Jahre ihres Lebens verbrachte sie forschend, schreibend, lehrend und rastlos reisend, stets auch mit vielen Persönlichkeiten in Politik und Wirtschaft Kontakte unterhaltend.

Die von Peter Lübke mit außerordentlicher Sorgfalt edierten Briefe und Schriften entstammen dem der Harvard Universität übereigneten Nachlaß Ruth Fischers. Aus über 14 000 Briefen, verfaßt zwischen 1934 und 1961, wählte der Herausgeber rund 150, die zum kleineren Teil von Arkadij Maslow aus Havanna an Ruth Fischer in New York gerichtet waren und zum überwiegenden Teil die umfassende Korrespondenz Ruth Fischers mit Freunden, Mitstreitern und Widersachern aus den 20er Jahren und neugewonnenen Gesprächspartnern aus den 40er und 50er Jahren umfaßt; dazu Artikel und Entwürfe beider vorwiegend zur Situation in der Sowjetunion sowie Ruth Fischers zu verschiedenen Zeiten verfaßte biographisch-politische Erinnerungen, z. T. als Kapitel ihres nicht vollendeten Folgebandes zu »Stalin und der deutsche Kommunismus« vorgesehen.

Zu den Vorzügen der Publikation gehört ein sehr gründlicher wissenschaftlicher Apparat, der ein kurzbiographisch abgefüttertes Personenverzeichnis einschließt. Das Herzstück der Publikation, Ruth Fischers Korrespondenz mit nahezu sämtlichen rechten wie linken Abweichlern und aus der KPD Ausgeschlossenen von auch nur einiger Bedeutung, spiegelt sowohl ihre vielfältigen Bemühungen um solidarische Hilfe für die in Europa Zurückgebliebenen wie um politische Orientierung in der Nachkriegszeit wider. Autoren berühmter Erlebnisberichte wie Margarete Buber-Neumann, Susanne und Wolfgang Leonhard, Alexander Weissberg-Cybulski, polit-aktivistische Schriftsteller wie Franz Jung, Arthur Koestler, Georg Orwell, aber auch Sozialdemokraten wie Kurt Schumacher, Herbert Wehner, Fritz Heine gehörten zu ihren zeitweiligen Brief- und Gesprächspartnern. Ihre wie Maslows Erfahrungen und Einschätzungen dürften sowohl für die fortgeschrittene Exilforschung wie für eine notwendigerweise neu zu führende Stalinismuskritik der Linken von Wert sein. Ruth Fischers Nachkriegsverhältnis zur SPD wechselte von anfänglichen Hoffnungen zu späteren Enttäuschungen. Hatte sie 1949 noch auf die große Zahl der Exkommunisten in ihren Reihen gesetzt (ein Phänomen, das, nebenbei bemerkt, bis heute noch einer analytischen, parteigeschichtlichen Aufarbeitung harret), die mit ihren z. T. be-

deutenden Kominternverfahren eine neue Entwicklung bewirken könnten, und hatte sie in den 50er Jahren noch ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit bekundet, so war sie am Ende ihres Lebens doch zu der alten Ablehnung zurückgekehrt. Immerhin zeigte sie sich mit Blick auf die eigene Politik als ehemalige kommunistische Führungskraft nicht weniger kritisch und distanziert. Bereits 1949 bekundete sie gegenüber einem Freund aus früheren Kominternjahren: »Das Vergangene ist wirklich vorüber, und was bleibt, ist ein Gefühl der gemeinsamen Vergangenheit in einem großen Erlebnis.«

*Beatrix Herlemann, Hannover*

Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung? Die Sechziger-Konferenzen von KPD und SPD 1945 und 1946. Mit einer Einführung von Hans-Joachim Krusch und Andreas Malycha, Dietz Verlag, Berlin 1990, 276 S., brosch., 24,80 DM.

Nur kurze Zeit nach der Öffnung der innerdeutschen Grenze wurde die Vereinigung von SPD und KPD zum eminent politischen Thema, nachdem es jahrelang vorwiegend Fachwissenschaftler beschäftigt hatte. In welche Richtung Fragen gingen und gehen, zeigt schon der Titel der hier anzuzeigenden Publikation. Will man der Frage nachgehen, ob die SPD in die Einheitspartei SED »gezwungen« wurde und ob oder wie weit und wie lange sie von einem Einheitswillen getragen war, muß jede Quellenpublikation von Nutzen sein. Das gilt zunächst auch für den vorliegenden Fall, wo es um die stenographischen Niederschriften der beiden gemeinsamen Konferenzen des Zentralkomitees der KPD und des Zentralaussschusses der SPD mit Vertretern der Bezirke vom Dezember 1945 und Februar 1946 geht, die als Sechziger-Konferenzen bekannt geworden sind. Zusammen mit einigen ergänzenden Materialien wurden diese Protokolle damit auf dem Gebiet der ehemaligen DDR erstmalig herausgegeben; in der Bundesrepublik wurde das Protokoll der ersten Sechziger Konferenz am 20. und 21. Dezember 1945 bereits Anfang der 80er Jahre publiziert. Da es dabei um Konferenzen der Führungsebene geht, müssen zwangsläufig so wichtige Fragen wie die nach der Situation im Land und außerhalb Berlins und die nach dem Eingreifen und dem Druck der Besatzungsbehörden, die sich in derartigen Quellen kaum widerspiegeln, ausgeblendet bleiben. Um so wichtiger ist demnach die Erläuterung der historischen Zusammenhänge in der wissenschaftlichen Einleitung.

Deren Autoren gehen davon aus, daß es in Deutschland nach der militärischen Niederlage – wie in anderen europäischen Ländern – einen starken Einheitsdrang an der Basis gegeben habe, darüber hinaus in den ersten Monaten nach Kriegsende in allen Besatzungszonen auch ernsthafte Bestrebungen bei Kommunisten und Sozialdemokraten, sofort eine einheitliche Partei zu bilden. Bei einem Teil der Sozialdemokraten sei dies ein Rückgriff auf das Prager Manifest des emigrierten sozialdemokratischen Parteivorstandes aus dem Jahr 1934 gewesen, andere seien enttäuscht gewesen von der Politik des Parteivorstandes in den letzten Jahren der Weimarer Republik. Verbreitet sei zudem die Vorstellung oder Absicht gewesen, die Kommunisten in eine Art Volkspartei einzubinden. Tendenzen zur sofortigen Schaffung einer Einheitspartei gab es – so die Ausführungen – in dem sich formierenden Zentralaussschuß (ZA) der SPD in Berlin, der zum Führungsorgan der dann wiedererstehenden Sozialdemokratie in der sowjetisch besetzten Zone wurde. Nachdem die KPD einen frühen Vorschlag aus dem ZA der SPD für eine sofortige Vereinigung zurückgewiesen hatte, war sie es, die ab September 1945 einen schnellen Zusammenschluß ins Spiel brachte. Als Grund wird genannt, daß sich zu dieser Zeit vor allem in der SPD erhebliche Widerstände gegen die Einheitsbewegung abgezeichnet hätten. »In der SPD wurden schärfer denn je die in ihr wirkenden unterschiedlichen Auffassungen sichtbar« (S. 10). Vor allem in den Ländern und Provinzen seien »jene Kräfte« aktiver geworden, die die Einheit